

1 **Ar-06**
2 **Antragsteller: AGS NRW**
3
4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
5
6 **„Arbeit soll sich mehr lohnen, als nicht zu arbeiten“**
7
8 Der Landesparteitag mögen den Vorstand der SPD da-
9 zu auffordern, sich für eine dringend benötigte Sozi-
10 alstaatsreform aussprechen. Als Diskussionsgrundlage
11 soll dabei das Sozialstaatskonzept2030 der AGS-NRW
12 dienen.
13
14 Das ganzheitliche Konzept stellt Lösungsansätze vor,
15 wie man die Sozialsysteme bei Rente, Pflege und Ein-
16 kommen erheblich reformieren kann, sowie Kinderar-
17 mut durch ein neues Bildungsgeld von 600€ überwin-
18 den könnte.
19
20 Das Konzept bietet weiterhin eine konkrete Antwort auf
21 die Digitalisierung von Arbeit im 21. Jahrhundert, in-
22 dem nach Abschluss der ersten Ausbildung bis zum Tod
23 ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe in Hö-
24 he von 1.200€ Netto während einer SV-pflichtigen Be-
25 rufstätigkeit, einer Erwerbslosigkeit oder Erwerbsmin-
26 derung und im Alter steuerfinanziert garantiert werden
27 soll, um so Einkommensarmut, Hartz4 und Armutsren-
28 ten zu überwinden.
29
30 Durch die enthaltenden Finanzierungsvorschläge sollen
31 Sozialleistungen auf den Bund verlagert werden, um so
32 Kommunen um ca. 10-15 Mrd. € p.a. davon zu entlasten
33 und das Rentenniveau ansteigen lassen. Ebenso wie ei-
34 ne höhere Beteiligung der Arbeitgeber, der Beamten so-
35 wie Politiker an der Altersrente der Arbeitnehmer ein-
36 gefordert wird.
37
38 Durch die Einsparungen in den Kommunen soll es zu
39 sinkenden Gewerbesteuerabgaben für Firmen führen
40 und so den Wirtschaftsstandort Deutschland interes-
41 santer gestalten, soll es zu mehr Chancengleichheit bei
42 der Bildung des künftigen Fachkräftenachwuchses und
43 einer, der Zeit angemessenen, modernen Infrastruktur
44 für Arbeitnehmer*innen führen.
45
46 Das Sozialstaatskonzept erfüllt dabei bereits die Vor-
47 gaben des Sozialstaatspapiers der SPD, beinhaltet aber
48 dennoch weitere sozialstaatliche Aspekte wie die der
49 Teilverstaatlichung der Pflege, eine größere Lastenver-
50 teilung der Steuern auf hohe Einkommen ab 250.000€,
51 sowie eine für alle Beteiligten faire Möglichkeit für dau-
52 erhafte günstigere Mieten in Ballungsgebieten.
53
54
55 **Begründung**
56
57 Erfolgt mündlich

Empfehlung der Antragskommission:
Erledigt durch Beschlusslage